

## Aktionsplan Inklusion (Stadt Bayreuth)

Ort: Neues Rathaus

Datum und Uhrzeit: 21.11.16, 17:00 Uhr

### 1. Treffen Arbeitsgruppe Wohnen

Teilnehmer: 29

| Name            | Vorname   | Institution   |
|-----------------|-----------|---|
| Adam            | Conny     | Werkstatt für Menschen mit Behinderung                    |
| Balogh          | Benny     | GEWOG   |
| Bayer           | Daniel    | Behindertenbeirat   |
| Bock            | Jennifer  | Therapiezentrum Maximilianshöhe                           |
| Cagnacci        | Brigitte  | Zertifizierte Senioren Assistenz                          |
| Geier           | Herr      | Verein Kontakt e.V.                                       |
| Günther         | Denis     |   |
| Herrlein        | Corinna   | Werkstatt für Menschen mit Behinderung                    |
| Hohlbach-Jenzen | Brigitte  | Selbsthilfegruppe Schlaganfall in Bayreuth Stadt und Land |
| John            | Michael   | BASIS-Institut  |
| Kaul            | Christian | Kreis der Berufsbetreuer                                  |
| Keil            | Roland    |   |
| Kneidl          | Martin    | Dr. Loew Soziale Dienstleistungen GmbH & Co. KG           |
| Lotze           | Benjamin  | Stadtplanungsamt mit Gutachtergeschäftsstelle             |
| Lühns           | Samuel    | Christen schaffen Wohnungen                               |
| Mahr            | Sabine    |   |
| Maul            | Tobias    | Werkstatt für behinderte Menschen                         |
| Mock            | Herr      |   |
| Müller          | Bettina   | Stadt Bayreuth  |
| Munder          | Martina   | Betreuungsstelle Stadt Bayreuth                           |
| Proschka        | Uwe       | GEWOG   |
| Purrucker       | Rosemarie | Werkstatt für Menschen mit Behinderung                    |
| Schuder         | Karlheinz | Freundes- und Förderkreis der WfbM Bayreuth e.V.          |
| Schultheiß      | Günter    | Paritätischer Wohlfahrtsverband                           |
| Teufel          | Melanie   | Sozialamt   |
| Tiedemann       | Elena     | BASIS-Institut  |
| Vondran         | Susanne   | Werkstatt für behinderte Menschen                         |
| Weinkopf        | Andrea    | Hilfe für das behinderte Kind                             |
| Wurzel          | Bettina   | Behindertenbeauftragte                                    |

## Inhalt

|  |   |
|--|---|
| 1. Begrüßung durch Frau Wurzel.....                        | 2 |
| 2. Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John..... | 2 |
| 3. Diskussion .....  | 3 |
| 4. Verabschiedung.....                                     | 9 |

### **1. Begrüßung durch Frau Wurzel**

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Frau Wurzel, Behindertenbeauftragte der Stadt Bayreuth, die TeilnehmerInnen der ersten Arbeitsgruppensitzung mit dem Thema Wohnen. Sie nimmt Bezug auf einen Presseartikel über die Auftaktveranstaltung, laut dem die Beteiligung von Menschen mit kognitiven Einschränkungen nicht im ausreichenden Maß gegeben sei. Dennoch freue sie sich, dass Betroffene da seien. Um eine bestmöglich Beteiligung zu gewährleisten, fordert sie diese Gruppe auf, bei Verständnisproblemen jederzeit die Sitzung zu unterbrechen. Bei Inklusion handle es sich um einen Lernprozess für alle Beteiligten. Es würden Fragebögen in Leichter Sprache ausgegeben, man wolle keine Behinderungsart ausschließen.

### **2. Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John**

Herr John, Geschäftsführer des BASIS-Instituts, begrüßt seinerseits die Anwesenden und skizziert den Ablauf des Aktionsplans Inklusion: Insgesamt würden sechs Themen in jeweils drei Arbeitsgruppensitzungen behandelt. Diese Themen seien basierend auf der Auftaktveranstaltung von der Steuerungsgruppe festgelegt worden. Die zweite Runde werde voraussichtlich Ende Januar bis Ende Februar stattfinden. Eine Woche vor der dritten Sitzung werde ein Entwurf versendet, der die aus den Arbeitsgruppen resultierenden Maßnahmen inklusive Statistiken basierend auf einer Befragung von Menschen mit Behinderung enthalten werde. Diese Befragung laufe im Dezember/Januar. Die Auswahl der Befragungsteilnehmer beruhe auf einer Zufallsstichprobe, bei der etwa jeder vierte Betroffene einen Fragebogen erhalten habe. In der dritten Runde Ende März/April bestünde dann die Möglichkeit, Änderungsvorschläge anzuregen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzungen würden in einer abschließenden Konferenz vorgestellt. Auch dort könne man Verbesserungsvorschläge einbringen. Im Sommer werde der etwa 200 Seiten umfassende Aktionsplan dann dem Stadtrat vorgelegt.

Anschließend zeigt er eine Präsentation mit den wichtigsten Ergebnissen aus der Arbeitsgruppe Wohnen der Auftaktveranstaltung in Bayreuth (Folien im Anhang). Die Präsentation enthält unter anderem in den Arbeitsgruppen der Auftaktveranstaltung benannte Stärken/Schwächen, wichtige Fragen und Probleme sowie konkrete Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung von Inklusion im Bereich Wohnen. Beispielsweise erklärt Herr John, dass das Bielefelder Modell ein größeres Haus mit mehreren Wohneinheiten umfasse, aber eine gemeinsame Wohnküche vorhanden sei.

### **3. Diskussion**

Im der folgenden Diskussion können sich die TeilnehmerInnen jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist in dieser ersten Sitzung noch völlig beliebig. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum, sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen.

Herr Schuder, Vorsitzender des Freundes- und Förderkreis der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen in Bayreuth, äußert seine Sorge, dass es Probleme bei der Suche nach einem passenden Wohnplatz für seinen Sohn gebe. Es sei lediglich ein Wohnheim für stationäres Wohnen vorhanden. In seinem Fall komme eine normale Wohngruppe nicht in Frage, da auch eine Nachtbetreuung nötig sei. Bisher seien nur Angebote im außerhalb gelegenen Laineck und Himmelkron vorhanden, Michelfeld befinde sich ebenfalls auf einem guten Weg. Er wünsche sich allerdings eine Wohngelegenheit in der Stadt, sodass Menschen mit Behinderung nicht ihre Heimat verlassen müssen, wenn die Betreuung durch die Eltern im Alter nicht mehr möglich ist. Für die Realisierung einer solchen Wohnanlage sei die Kooperation mit Trägern nötig. Herr John berichtet von seinen Erfahrungen im Landkreis Rosenheim, wo sich eine Elterngruppe zusammengeschlossen habe, um eine Wohnmöglichkeit für Menschen mit Behinderung zu schaffen. Um nicht unter die Heimverordnung zu fallen, wurde diese Einrichtung in Prien als ambulantes Wohnprojekt aufgezogen. Dieses Projekt habe allerdings großer Anstrengungen bei der Realisierung bedurft. Generell seien die Bezirke für die Eingliederungshilfe zuständig, aber bisher habe sich nur der Bezirk Mittelfranken um Kapazitätsplanungen beim Wohnen bemüht. Deshalb müsse man das Gespräch mit dem Bezirk suchen. Frau Weinkopf von der Hilfe für das behinderte Kind verweist auf die Erhebung des Bezirks über den Wohnbedarf im Rahmen der Sozialplanung. Der Bezirk handhabe die Platzvergabe sehr restriktiv. Gerade bei der Platzvergabe für stationäres Wohnen für die Zielgruppe der schwerbehinderten oder geistig mehrfachbehinderten Menschen bestehe eine Lücke. Zwar gebe es im

Wohnheim des Heilpädagogischen Zentrums Bayreuth (HPZ) Plätze, diese seien aber begrenzt. Frau Wurzel untermauert, dass man den Bedarf bei stationären Wohnformen bereits erkannt habe und sich im Arbeitskreis des Bezirks damit auseinandersetze.

Frau Hohlbach-Jenzen von der Selbsthilfegruppe Schlaganfall in Bayreuth Stadt und Land ergänzt, dass ebenfalls ein Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten für junge Schlaganfallpatienten bestehe. Diese würden momentan in Krankenhäusern oder Altenheimen untergebracht.

Herr Kneidl (Dr. Loew Soziale Dienstleistungen GmbH & Co. KG) informiert, dass von seiner Organisation drei Häuser betrieben würden. Jedes der Häuser habe eine eigene Kostenvereinbarung mit dem Bezirk Oberfranken. Diese Leistungsvereinbarung mache Vorgaben über die Platzvergabe, beispielsweise dürften manche Häuser nur von Menschen mit geistiger Beeinträchtigung bewohnt werden. Der Bezirk plane bezirkswweit, beispielsweise werde in Arzberg eine Einrichtung mit erheblichen Betreuungsaufwand gebaut. Momentan komme das Wissen über Bedarf nicht als Druck beim Bezirk an und nur Einzelklagen seien möglich. Oberfrankenweit gebe es laut Bezirk viele Plätze. Wenngleich für Menschen mit Eingliederungshilfe und geistiger Beeinträchtigung Häuser bei ihnen vorhanden seien, übersteige die Belegung den Bedarf. Herr Keil (Berufsberater) moniert, dass auch im ambulanten Bereich ein Mangel an Plätzen bestehe. Bei Bayreuth handle es sich um eine „Psychiatriestadt“, mit höheren Betreuungszahlen als im Schnitt. Dennoch fehle Wohnraum beispielsweise zur Gründung neuer Wohngemeinschaften und auch Nachbarschaft und Vermieter seien nicht immer aufgeschlossen. Er sieht gerade für psychisch kranke Menschen und bei der Intensivbetreuung einen grundsätzlichen Bedarf.

Frau Weinkopf spricht das Problem an, dass manche Einrichtungen aufgrund des neuen Pflegegesetzes ihre Einrichtungsgrößen reduzieren müssen. Herr Schuder stimmt zu, dass diese 22 Plätze kompensiert werden müssen. Er spricht sich dafür aus, dass der Bezirk nicht über das Wohnumfeld des Menschen mit Behinderung bestimmen bzw. ihn aus seinem Lebensumfeld herausreißen dürfe. Auch er sieht den Bedarf, Plätze für psychisch kranke Menschen zu schaffen. Im Bezirk sei jede Kommune vertreten, weswegen er dafür plädiert, diesen Bedarf der Stadt Bayreuth dort zu äußern. Herr John spricht die Regelung bei einer Förderung durch die Aktion Mensch an, dass Wohneinheiten für Menschen mit Behinderung auf 24 Bewohner begrenzt werden sollen. Er schlägt vor, durch die Eingliederungshilfe Einfluss nehmen. Eine Teilnehmerin schildert ihre Erfahrungen mit der Unterbringung ihres mehrfachbehinderten Sohnes. Dieser sei zunächst in einer weiter entfernten Einrichtung der Blindeninstitutsstiftung

untergekommen, wo er jeden Tag pendeln musste. Sie sei von mehreren Heimen abgelehnt worden, sodass ihr Sohn mit 23 Jahren wieder zu Hause habe leben müssen. Schließlich sei er in eine Blinden-WG mit Nichtbehinderten in Augsburg untergekommen. Dies sei aber erst durch eine Einzelfallentscheidung über die Gewährleistung von Nachtdienststunden durch die Krankenkasse ermöglicht worden. Allerdings sei in dieser Wohnanlage zu wenig Personal vorhanden. Sie sieht Betreuungsvorteile bei Wohneinheiten mit nur 24 Plätzen. In Oberfranken seien keine passenden Plätze vorhanden, weshalb sie ihren Sohn nach Roth bringen wolle. Himmelkron berge den Nachteil, dass der Betreuungsschlüssel des Nachtdienstes nicht ausreichend vorhanden sei. Herr John ergänzt, dass der Nachtdienst in den Bezirken sehr unterschiedlich gehandhabt werde. Ein Teilnehmer unterstreicht, dass ein Wegzug nach vielen Jahren aus dem eigenen Umfeld extrem schade sei. Ein anderer Teilnehmer spricht sich dafür aus, dass Inklusion alles offenlassen sollte und sowohl beschützende Wohnformen als auch große Einrichtungen zulassen sollte. Im Mittelpunkt sollte die Förderung der Selbstständigkeit stehen.

Frau Wurzel verweist auf die Neuregelungen der Pflegestufen im Teilhabgesetz und äußert die Hoffnung, dort mehr Einschränkungsarten einzubeziehen. Laut UN-Menschenrechtskonvention müssten auch junge Menschen eine Wahlfreiheit bezüglich ihres Wohnortes haben. Herr Kaul, Leiter des Kreises der Berufsbetreuer, schlägt eine Homepage vor, die Wünsche der Eltern mit den Angeboten abgleicht. Beispielsweise könnte ein Elternteil nach einem intensiv betreuten Platz für ihr Kind in einem gewissen Umkreis suchen. Dieser Bedarf könnte dann mittels der Datenbank an den Bezirk gemeldet werden. Um eine Aktualität der Daten zu gewährleisten, empfiehlt er eine Löschung der Angaben nach drei Monaten. Frau Wurzel fügt hinzu, dass bezüglich barrierefreier Wohnungen ähnliche Datenbanken geplant seien. Herr Kaul berichtet, dass die Dunkelziffer der Menschen, die in einer ungeeigneten Wohnform leben, wesentlich höher sei als bekannt. Deswegen fordert er eine übergeordnete Stelle, an die der Bedarf weitergeleitet wird. Herr John fasst zusammen, dass der Bedarf an passenden Wohnformen besser sichtbar gemacht werden sollte. Dies könne zum einen in Form von Datenbanken erfolgen, zum anderen besteht die Möglichkeit, Geschichten von Angehörigen über die Suche von Wohnraum anonymisiert in der Presse aufzubereiten.

Frau Mahr berichtet, dass sie selbst in einem Haus mit 40 barrierefreien Wohnungen lebt. Davon seien 20 Zimmer Einzelzimmerapartments von Studenten bewohnt, welche man aber theoretisch auch an Menschen mit Behinderung vermieten könnte. Frau

Wurzel verweist auf die von Frau Müller betreute Wohnberatung. Zudem spricht sie von Kooperationen mit der GEWOG und dem Arbeitskreis Barrierefreiheit, aus der auch neue Wohnungen entstanden seien. Sie schlägt vor, die Presse einzuladen, um den Bedarf und die Angebote in das allgemeine Bewusstsein zu rücken. Herr John merkt an, dass es in Bayern keine Förderung von inklusivem Wohnen gebe. In Königsbrunn seien beispielsweise Förderungen weggefallen als die Zielgruppe der Bewohner nicht mehr nur auf Senioren beschränkt wurde. Herr Kneidl hält den Weg über die Presse nicht für die richtige Wahl, sondern wünscht sich eine kooperative Zusammenarbeit mit dem Bezirk. Frau Wurzel fügt hinzu, dass der Bezirk auch im Begleitausschuss des Aktionsplans Mitglied sei. Trotzdem müsse man auch den Bedarf aufdecken.

Frau Cagnacci gibt zu bedenken, dass derzeit in Bayreuth zu wenig Kurzzeitpflegeplätze vorhanden seien. Herr Kaul glaubt, dass sich dies in naher Zukunft durch den Wegfall von stationären Plätzen ändern werde. Die dadurch gewonnenen Kurzzeitpflegeplätze würden allerdings dazu führen, dass Menschen mit Behinderung dann kurzzeitig im Altersheim wohnen. Frau Weinkopf wehrt sich dagegen, Menschen mit Behinderung im Altenheim unterzubringen, da dies keiner der beiden Seiten gerecht werde. Frau Wurzel regt an, dass vieles für inklusive Wohnformen spreche, da Probleme dann nicht in der Schärfe entstünden. Herr John fügt hinzu, dass Inklusion letztlich eine Güterabwägung darstelle: Je einschränkungsorientierter, desto passender die Förderung. In diesem Fall sei allerdings Inklusion bzw. Teilhabe außen vor. Bisher habe man sich für punktgenaue Förderung entschieden, jetzt müsse man die Richtung wählen und Kompromisse eingehen.

Herr Kaul geht davon aus, dass Inklusion früher einmal in Form von Bauernhöfen mit mehreren Generationen unter einem Dach verwirklicht war. Herr John informiert, dass in Deutschland nur bei 0,5 Prozent der Bevölkerung mehr als zwei Generationen in einem Haushalt leben. Aus diesem Grund sei Unterstützung durch die Blutsverwandtschaft in einem gemeinsamen Haushalt nicht mehr gewährleistet. Stattdessen werde bürgerschaftlichem Engagement eine größere Bedeutung zuteil. In Nordrhein-Westfalen sei die Trennung von Altenhilfe und Behindertenhilfe in vielen Projekten aufgehoben, was mit positiven Auswirkungen assoziiert sei.

Herr Keil spricht sich dafür aus, im Psychatriebereich weniger spezialisierte Angebote anzubieten, sodass die Fähigkeiten gefördert werden. Frau Wurzel hält im Bereich psychische Erkrankungen vor allem ambulante Betreuungsformen für angemessen. Viele Menschen hätten mehrere Diagnosen, weshalb eine Trennung der Gruppen in der Realität kaum existent sei. Herr Kaul verweist auf den speziellen Fall von Korsakow-

Patienten, die aufgrund des Alkoholverbots in Altenheimen dort keine passende Wohnform finden.

Es wird die Bitte formuliert, dass der Bezirk sich neben dem Begleitausschuss auch an den Arbeitsgruppensitzungen beteiligen solle.

Herr Schuder stellt dar, dass die Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) in der Stadt Bayreuth inzwischen sehr groß sei. Der dortige Bestand hänge von den Wohnmöglichkeiten ab. Die Schulabgänger des HPZ müssten Bayreuth aufgrund fehlender Wohnmöglichkeiten häufig verlassen. Daher werde ein Träger benötigt. Herr John informiert, dass man bei der Quote für persönlicher Assistenz und bei persönlichem Budget relativ weit hinten dran sei und dass es auch nicht an Träger gebundene Formen gebe. Herr Kaul merkt an, dass persönliches Budget vom Bezirk Oberfranken verweigert werde. Herr John fordert, dass sich die Bezirke finanzierungstechnisch anpassen müssen. Herr Keil möchte den Fokus weg von Institutionen legen und an kreativen Lösungen arbeiten. So könne beispielsweise auch ein Verein ein Träger sein. Frau Hohlbach-Jenzen berichtet, dass sie seit 10 Jahren an einem Projekt arbeite, eine Wohnanlage für junge Schlaganfallpatienten zu schaffen. Bisher sei die Umsetzung am Abspringen von Geldgebern gescheitert. Sie hält dieses Projekt in Kooperation mit der Oberfrankenstiftung für ein schönes Modellprojekt für Oberfranken. Frau Adam schlägt vor, in der Werkstatt in Laineck eine Wohngruppe für Rollstuhlfahrer zu gründen. Frau Müller erweitert den Vorschlag um WGs, da allgemein für körperbehinderte Menschen Plätze fehlen würden.

Herr Kneidl bemerkt, dass die Träger an der Gründung stationärer Einrichtungen interessiert seien, aber dafür Daten über den Bedarf wichtig seien. Herr John verweist auf die Befragung von Menschen mit Einschränkungen in der Stadt Bayreuth, wo u. a. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und Wohnen abgefragt werde. Frau Müller bestätigt, dass zu wenig barrierefreie Wohnungen verfügbar seien. Herr Kaul geht auf die Schwierigkeit ein, private Vermieter zu finden. Herr Proschka von der GEWOG erläutert, dass es sich bei einem Drittel ihrer Wohnungen um rollstuhlgerechte Wohnungen handle und sämtliche barrierefrei erreichbar seien. Die GEWOG würde seit etwa 13 Jahren eine gewisse Zahl rollstuhlgerechter Wohnungen bauen. Dem gegenüber sei die Bewerberanzahl eher gering. Bei Bestandswohnungen sei die Barrierefreiheit schwerer zu erreichen, weswegen Neubauten erstellt würden. Zum Teil sei der Mietpreis eine Hürde, aber zumeist würden Lösungen u. a. mithilfe von Regierungsprogrammen gefunden werden. Es gebe auch den Fall, der nicht idealen Wohnung, aber der guten Hilfe durch die Gemeinschaft. Es wird eingeworfen, dass im

Insel-Stadtteil eine soziale Begegnungsstätte vermisst werde. Herr Proschka antwortet, dass der Caritas für diese Zwecke eine Wohnung zur Verfügung gestellt worden sei. Frau Wurzel fasst zusammen, dass sehr gute Angebote vorhanden seien, aber noch fehlende Kommunikation darüber vorherrsche. Sie plädiert dafür, Bedarfe von Menschen mit Behinderung mehr in der Stadtplanung, im Bauwesen, und in der Öffentlichkeitsarbeit zu berücksichtigen. Ein Beispiel für erfolgreiche Kommunikation an die Bürger sei der Menzelplatz. Es kommt die Frage auf, warum man nicht passende Mietobjekte für Menschen mit Behinderung baue, da feste Mieteinnahmen und Dauerverträge den Bauherren eine Sicherheit bieten würde. Frau Wurzel merkt an, dass die Kommunikationshürden durch die Arbeitsgruppen im Rahmen des Aktionsplans Inklusion abgebaut werden können. Herr John fragt nach, wie man die Betreuung und die berufliche Kompetenz zusammenbringen könne. Frau Weinkopf berichtet, dass man schon sehr gut mit der GEWOG zusammengearbeitet habe, indem die GEWOG ein Haus bedarfsgerecht umgebaut habe. Dies sei nicht über den Bezirk refinanzierbar gewesen. Im Gegensatz zu sozialen Trägern erhalte die GEWOG keine Fördermittel. Der GEWOG-Vertreter Proschka erläutert, dass alle zwei Jahre eine Wohngruppe entstanden sei. Das Haus an der Insel sei kurzfristig in Zusammenarbeit mit der Diakonie umgebaut worden, dann aber an der Finanzierung gescheitert. Nun sei zumindest das Erdgeschoss barrierefrei. Allgemein sei die GEWOG gesprächsbereit, allerdings werde zum Bau immer ein Bedarf benötigt, wie beispielsweise bei den Rollstuhlfahrern. Herr John informiert, dass passendes Wohnen drei Kriterien erfüllen müsse: a) angemessener Wohnraum (barrierefrei, rollstuhlgerecht), b) Versorgung, c) Teilhabe. Im Idealfall sollten die Bewohner nicht nur Empfänger, sondern auch Geber von Leistungen sein. Das Fehlen einer dieser Aspekte könne der Grund für eine fehlende Nachfrage einer barrierefreien Wohnung sein. Er verweist auf Überlegungen im Rahmen eines Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts: Die richtige Versorgung enthalte nicht nur „cure“ (satt, sauber, trocken), sondern auch „care“ beispielsweise in Form von Unterstützungsnetzwerken. Viele Menschen mit Behinderung seien älter. Bisher habe man sich zu sehr auf stationäre Angebote konzentriert und noch zu wenig auf das Wohnumfeld und Treffpunkte.

#### **4. Verabschiedung**

Herr John beendet die Sitzung und freut sich auf die Diskussion im nächsten Jahr. Auch Frau Wurzel bedankt sich für die Teilnahme.

Für das Protokoll  
Elena Tiedemann  
Michael John  
BASIS-Institut

#### **Anhang:**

- Wohnanlage Prien für Menschen mit Behinderung ([http://www.wohnanlage-prien.de/docs/konzept\\_2012-03-01.pdf](http://www.wohnanlage-prien.de/docs/konzept_2012-03-01.pdf) oder auch (<http://www.handicap-rosenheim.de/kg/index.htm>)
- Link zum Aktionsplan der Stadt Bayreuth (<http://www.bayreuth.de/rathaus-buergerservice/leben-in-bayreuth/menschen-mit-behinderung/aktionsplan-inklusion/>)